

Wirtschaftliche

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Zeitung

Mit Kurzzettel

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Vorstand: Rojakow (in Ausw.) Handeltelle: Carl Mosch, Berlin-Uberl. Manuskripten nur schriftlich, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3900—3663. Für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbevollmächtigter Berlin 692.

Verbilligter Kredit

Discont-Ermäßigung / Erweiterte Beleihungsgrenze für Goldpfandbriefe

In der heute mittags abgehaltenen Zentralrats-Sitzung der Reichsbank wurde der Discont um 1 v. H. auf 8 v. H. und der Lombardfuß ebenfalls um 1 v. H. auf 10 v. H. ermäßigt. Damit ist ein Discontfuß verlassen worden, der seit dem 26. Februar des vorigen Jahres besteht; an jenem Tage war der Satz von 10 v. H. aufgegeben worden, den die Reichsbank vom 23. Dezember 1923 an für ihrebezügliche Wechselkredite in Geltung gehabt hatte.

Die heutige Discont-Ermäßigung kommt nicht überraschend. Sie war schon wegen Jahresfrist in den Kreis der Erörterungen gezogen worden, nachdem der Vizepräsident der Reichsbank, Oskar Kaufmann, in einer Rede in Düsseldorf auf die Möglichkeit einer solchen Maßnahme in der Beginn des neuen Jahres hingewiesen hatte. Seitdem hatte der Ratsses des Instituts für den 31. Dezember eine befriedigende Einmütigkeit erkennen lassen. Die Anlegen in Wechseln waren zum Jahresfuß in keinem unzureichenden Maße gehalten, während sich Offizien- und Kommerzbanking so gut wie gar nicht verändert hatten. Schon damit war die Möglichkeit einer Discontermäßigung nähergerückt. Es galt nun nur noch, die Befreiung der Dinge im neuen Jahre abzuwarten, ehe eine Entscheidung getroffen wurde. Treulich konnte angesichts der ganz überraschend billigen Verzinsung, die der offene Wechselmarkt nach dem Jahresfuß zeigte, kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Zentralbank im neuen Jahre weiter günstig gehalten werde. An der Höhe von der Privatindustrial- und Firmasparfaktorie bis auf 60 pCt. und erstklassige Wertemittel mit dem Giro einer Obergrenze wurden mit 75 pCt. oder gar noch niedriger vergeblich belohnt; ganz zu schweigen von der Verzinsung des Marktes für lösliches Gold, auf dem ein solches Angebot besteht, das die verlässigsten Mittel fastausnahmslos unbenutzbar ließ. Nicht anders kann es nicht wundernehmen, daß der heute erlassene Reichsbankratssatz für den 1. Januar eine ausgiebige Entlastung verleiht. Sie hat denn auch die Ansicht des Reichsbankdirektoriums, der Wirtschaft mit einer Discontermäßigung zu helfen, zur Stelle kommen lassen.

Allerdings dürfte und darf das flüssige Aussehen des offenen Marktes nicht überhöht werden. Ist es doch zu einem großen Teil die Folge der Vertrauenskrise, die sich in der letzten letzten Jahre im Anschluß an die Schmutzaffäre in großen Ringen immer bewußter herausgebildet hatte. Die Banken waren überaus vorsichtig in ihrer Kreditverleihung und demgemäß schließlich flüssig geworden, um so mehr, als in diesem Zeit der Abwärtsspirale einer ganzen Anzahl von Auslands-

anleihen bewußter Gesellschaften, Kommunen und Staaten lag, die aus bedeutsamen Mitteln zufließen, mit denen sich die Schuldlosen und Guthaben für spätere Verwertung stellen ließen.

Sie ist die Verbilligung bei uns einerseits dem ungünstigen Umfange der Zurückhaltung der Banken im Kreditgeschäft, andererseits der Ansammlung von Mitteln mit frischer Hilfe zu danken, Momente, die eine Weile nicht zum Großlofen vorzuziehen sind. Dazu ist in den jüngsten Tagen noch etwas anderes gekommen, das uns dazu zermahnt, die Situation mit kritischer Vorsicht zu betrachten, die Discont-Ermäßigung in der Form nämlich, die zweifelslos zum Teil auch eine Folgeerscheinung des Abzugs von Kapital für jene deutschen Missionen ist. Ob die Bank von England auf die New-Yorker Discont-Ermäßigung mit einer gleichen Maßnahme antworten wird, steht im übrigen noch dahin.

Demgegenüber der Reichsbankpräsident hat heute zu der Erwählung unserer öffentlichen Rate entschieden hat, so ist für ihn doch die Größe des Reichsbankpostaus maßgebend gewesen, die sich, nach seinen Angaben in der Zentralrats-Sitzung, auch in dem anderen starken Zustuß von ausländischen Wechseln ausdrückt. An solchen Wechseln besitzt die Reichsbank mehr, als in ihren Ausweisen offen herverträgt, infolgedessen auch den ausgewiesenen Bedarfsüberschuss in ausländischen Wechseln fast in größtem Umfange unter dem allgemeinen Wechselbehalte befindet.

Nicht minder wichtig für die Wirtschaft als die Discontermäßigung ist die Erweiterung der Beleihungsgrenze für Gold- und Reichsbankpfandbriefe von 50 auf 60 pCt. Dadurch wird, so ist zu hoffen, das fast ganz eingekesselte Bombardement der Reichsbank weiter in Fluß kommen, in diesem Maße mittelbar auch zum Nutzen des Realcredits in einem und stand, dessen Entlastung so wesentlich von einem flatternden Absatz flüssiger Pfandbriefe abhängt. Die Liquidation einzelner Beleihung dieser Pfandbriefe dürfte dadurch weiter gefördert werden.

Dadurch würde wir auch auf dem Weg kommen, den Schritt heute gewesen hat: die intensivere Pflege des langfristigen Kreditgeschäfts, die Stillhaltung des sich im Interesse annehmenden Kapitals auf den langfristigen Anlagemarkt. Erst wenn diese Wiederholung einer früheren Verfallung unseres Geldmarktes eintritt, können wir über die die rechte Verleihung empfinden. Die dahin sind die letzten Merkmale der Verleihung nur als Symptome des Überanges von Kreditverleihung und Vertrauenskrise zu normalen Verhältnissen zu deuten.

—Ch—

Die Ablehnung in Frankreich

Nachrichtendienst der „Wirtschaftlichen Zeitung“

Der französische Sozialistenkongress hat heute nach gegen 2 Uhr die entscheidende Abstimmung über eine Beteiligung an der Regierung vorgenommen. Die Abstimmung ergab 1706 Abgeordnete gegen 1231 Abwähler für eine Beteiligung an einer Reichsregierung bei 16 Stimmverhältnissen. Der Kongress nahm das Resultat völlig ruhig an und ging dann auseinander.

Obwohl dieses Abstimmungsergebnis erwartet wurde, hat die unpopuläre Aufgabe in politischen Kreisen einen starken Eindruck gemacht. Man ist allgemein der Ansicht, daß durch den Beschluß der Sozialisten die politische Situation noch unklarer und unübersichtlicher geworden ist, wenn es auch wieder dem bisherigen, nach dem flüchtigen Zustand entnommen wurde. Wenn man sagen wollte, die Sozialisten hätten das Resultat der Stichparlamenten gestempelt, so hat doch die parlamentarische Zusammenkunft zwischen den Sozialisten und den bürgerlich-republikanischen Parteien einen sehr unwohlthuenden Realismus, wohl kaum noch von einer Neutralität der Sozialisten gegenüber dem Kabinett Freund sprechen können.

Der Beschluß der Sozialisten bedeutet eine Distanzierung für die bürgerliche Elite, und es wird großer Selbstverleumdung der Parlamentarier um Herold bedürfen, um den Entscheid der Sozialisten nicht mit dem völligen Verzicht zu bezeichnen. In jedem Falle wird nunmehr auch bei den bürgerlichen Parteien die

Opposition derjenigen Verfassungskomitee und Gruppen besteht, die seit langem bereits den Anschluß an Weisungen anfordern. Es ist daher zu befürchten, daß aus dem bisherigen Abgange noch recht ein Rückwärtschritt entsteht.

Rundtisch wird der Beschluß der Sozialisten für die Verhandlung der Finanzfragen auswirken. Die Außenpolitik dürfte dadurch für den Augenblick nicht berührt werden. Ausgenommen liegt eine Erörterung der Doctrinverträge in der Kammer aus dem Bereich des Möglichen. Aber auch für die Vermeidung ist durch den Sozialistenbeschluß eine unangenehme politische Lage entstanden. Es ist nunmehr auf die Unterfertigung seiner bisherigen Gegner angewiesen.

Beharrlich im Irrtum

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat bei Reichstagsgebäude eine zweifelhafte Beratung über die Frage der Regierungsbeteiligung und des Eintritts der Sozialdemokratie in die Große Koalition abgehalten. Um 1 Uhr war die Sitzung beendet. Heber die Verhandlung ist Vertraulichkeit festgestellt worden. Wie verläuft, will die Mehrheit der Vorstandsmitglieder der Fraktion empfehlen, bei ihrem Beschluß, der den Eintritt in die Große Koalition ablehnt, zu beharren. Allerdings soll nur der Fraktionsvorsitz nach eine Befragung des Abg. Hermann Müller als Vorsitzender der sozialdemokratischen Parteivorkonferenzen mit dem Vorhaben der Gesamtversammlung, dem Abg. Dr. Marg. Stauffagen.

Ein Wort an die Sozialdemokratie

Von Georg Bernhard

Die Sozialdemokratische Reichsversammlung tritt heute abend zusammen, um nunmehr endgültig darüber zu beschließen, ob sie sich an der Großen Koalition beteiligen will oder nicht. Nach wie vor ist die Stimmung in der Partei geteilt. Und gewisse Kreise in der Führung der Partei sind so bemüht, die Mitglieder zu dem Beitritt zu bewegen, daß die Große Koalition zu erhalten, das es erst eines öffentlichen Wortausdrucks bedürfte, bis der „Bourgeois“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, sich bemüht hat, auch Berichte über ob der oben zu veröffentlichen, die führende Parteigenossen im Reichstag die die Große Koalition zu unterstützen zu ermahnen.

Den Kreisen, die so haben arbeiten, die sozialdemokratische Partei zu isolieren, scheint die Fernhaltung der Partei von der Großen Koalition noch nicht zu genügen. Sie möchten nicht nur ihre Partei von jedem Anbinder frei machen, Sie empfinden es auch bereits fast normal, als eine Last, daß die Sozialdemokratie etwa einem Kabinett der Mitte verpflichtet werden könnte, das unter Führung eines Rumpfs der Partei, der bereit ist, einen entscheidenden Wirtschafts zu steuern. Diese besonders geliebten Partei-Beziehungen haben nämlich inzwischen bereits durch die parlamentarische Unterfertigung eines Kabinetts, in dem man selbst nicht vertreten ist, unter Umständen tiefsten Unannehmlichkeiten, aber nicht die gleichen Vorteile und Rechte schafft, die die Sozialdemokratie aus einem Kabinett der Mitte hätte. Die Sozialdemokratie ist ein Kabinett der Mitte, das die Sozialdemokratie aus einem Kabinett der Mitte haben kann. Anstatt aber daraus die Vorteile zu ziehen, den Parteifreunden jetzt nachträglich weitentfernt die Koalition zu empfehlen, gehen sie einen höchst gefährlichen Weg. Sie lassen in Geländen durchdrücken, das es im Grunde genommen der Sozialdemokratie eigentlich „ganz gleichgültig“ sein könnte, ob ein Kabinett der Mitte noch ein Marx oder Luther geführt werde. Einige dieser Überlegungen haben sogar den Glauben erweckt, als ob die Sozialdemokratie ein Kabinett Luther an liebten. Denn natürlich würden die Sozialdemokraten gegenüber dem Reichstagsrat die geringsten Bedingungen eingehen. Sie würden sich ganz frei als Oppositionspartei fühlen.

Diese Haltung zeigt sehr deutlich, daß für eine ganze Reihe gewählter Verfassungskomitee in der Sozialdemokratie die reine Parteiaufstellung von auswahlgewählter Bedeutung ist. Aber selbst diese parteimäßige Einstellung kann nicht einmal vor der Kritik der praktischen Vernunft bestehen. Keine Oppositionsstellung kann je davon resultieren, daß die Mitglieder des Reichstagsrat sich in den Geschäften machen werden. Denn so „radikal“ wie die Kommunisten kann die Sozialdemokratie niemals sein. Um würde es es auf diesem Wege verüben, es ist sicher, daß eine große Zahl besonnenen und vernünftiger Anhänger die den Rücken werden würde.

Man könnte man die Taktik der Sozialdemokratie noch verstehen, wenn sie berechtigt wäre, sich einen revolutionären Mut und die Güter einer kämpferischen Geduldhaftigkeit zu zutrauen, die sie in Wahrheit nicht besitzt. Eine radikale Opposition für den Reichstag ist ein auswahlgewählter Parteiführer, der die Parteimitglieder zu einem Kabinett der Mitte bewegt darauf auszugehen, die „bürgerlichen“ Kabinette für unbedeutend zu lassen. Ob darüber je eine öffentliche Meinung der bürgerlichen Politik recht sein, weil sie gerade gegenüber einer etwa bestehenden Parteiführung, zum entscheidenden Erfolg auszuhalten könnte. Aber wir werden nicht annehmen, etwas behaupten, daß sie über solche revolutionäre Kraft verfügt?

Nehmen wir einmal an, die Große Koalition kommt in Folge der Ablehnung der Sozialdemokratie wirklich nicht zustande, so wird, nach dem von dem ich eben passiven Verhalten der Sozialdemokraten, von Reichspräsidenten als Wahrscheinlichkeit nach Dr. Luther mit der Bildung des Kabinetts betraut werden. Man mag eine Kandidatur Luther billigen oder nicht, aber es ist nicht ohne Wert halten. Aber es kann, wie die Dinge augenblicklich liegen, niemand mit Verantwortungsgesicht die Kritik noch länger hin ausgerechnet werden, indem er einer Radikalisierung der Parteiführung bereitet. Das deutsche Volk vermag einfach diesen Schwelgerei nicht länger. Und die Sozialdemokraten mit dem Reichspräsidenten für das Ansehen des Parlamentarismus in Deutschland entstehen, sind unübersehbar. Es ist überaus zweifelhaft, ob angesichts der großen Gefahr, die sich ereignen kann, selbst die Demokraten nicht annehmen werden, ihre Mitglieder für eine neue, neuen Kabinett Luther fernhalten, nicht revidieren müssen.

Was ist dann erreichbar? Es gibt Leute, die Dr. Luther für einen Mann halten, der seiner eigenen inneren Bewegung nach den Reichsparteien verbunden ist. Sie möchten einen bürgerlichen Kabinett, in dem er eine Verantwortlichkeit, die die Regierung hat, auf sich selbst etwas zu bringen, und der, da er ja für parteimäßige Verpflichtungen ist, seine Maßnahmen da